

1820/J XXI.GP
Eingelangt am: 31.1.2001

ANFRAGE

des Abgeordneten Brosz, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur
betreffend Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1999

Aus den das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur betreffenden Teilen des Tätigkeitsberichtes des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1999 ergeben sich aus verschiedenen Gründen Fragen. Einerseits stimmen die vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erteilten Mitteilungen des öfters nicht mit den öffentlichen Äußerungen der zuständigen Bundesministerin überein, andererseits stellt sich die Frage, an welche politischen Konsequenzen gedacht ist. Ausserdem wurden in einer Reihe von Fällen die Anregungen des Rechnungshofes einfach nicht beantwortet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

Unerledigte Anregungen aus Vorjahren

1. Der Rechnungshof regte an, Abweisungen von Schülerinnen trotz bestandener Aufnahmsprüfung wegen Platzmangels an höheren technischen Lehranstalten zu vermeiden.
„Laut Mitteilung des BMBWK würden dazu die erforderlichen qualifizierten Lehrkräfte fehlen.“
In den vergangenen Budgetdebatten erklärte die zuständige Bundesministerin wiederholt, dass ja nicht alle Bewerberinnen für höhere technische Lehranstalten, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie, für eine solche Ausbildung geeignet wären und erklärte damit die hohe Zahl der Abweisungen. Im Rechnungshofbericht führt das BMBWK die Abweisungen nunmehr auf die fehlenden Lehrkräfte zurück.
 - 1.1. Wie erklären Sie den Widerspruch zwischen der Äußerung Ihres Ministeriums im Rechnungshofbericht und Ihren laufenden Äußerungen in der politischen Debatte?
 - 1.2. Halten Sie es ebenso wie wir für inakzeptabel, dass gerade in einem Bereich mit einer enorm hohen Nachfrage an AbsolventInnen, ein LehrerInnenmangel als Begründung für fehlende Ausbildungsplätze angegeben wird?
 - 1.3. Welche Schritte werden Sie setzen, um die Empfehlung des Rechnungshofes umzusetzen?

2. Der Rechnungshof empfahl die Zusammenfassung der Zuständigkeit für Angelegenheiten der Landeslehrer weiterhend bei einer Gebietskörperschaft.
„Das BMBWK nahm dazu nicht Stellung.“
- 2.1. Wieso nahm das BMBWK dazu nicht Stellung?
2.1. Wie werden Sie mit der Empfehlung des Rechnungshofes umgehen?
3. Der Rechnungshof empfahl die Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen für den „Schulverband Mittelschule“ (vormals „Schulversuch Mittelschule“), der für 10 - 14 jährige SchülerInnen an allgemeinbildenden höheren Schulen und Hauptschulen eingerichtet wurde, ohne die unterschiedliche Kompetenzlage für diese beiden Schulen zu beachten.
„Laut Mitteilung des BMBWK sei weiterhin kein politisches Einvernehmen erzielbar.“
 - 3.1. Mit wem haben Sie versucht, politisches Einvernehmen zu erzielen?
 - 3.2. Weshalb ist kein politisches Einvernehmen erzielbar?
4. Der Rechnungshof empfahl die Betreuung der Schulbibliotheken durch Verwaltungsbedienstete anstatt durch LehrerInnen.
„Laut Stellungnahmen des BMBWK seien Lehrer aufgrund ihrer pädagogischen Fachkompetenz für diese Aufgabe besser geeignet.“
Gerade die Diskussion, welche Tätigkeiten der LehrerInnen als pädagogisch zu werten seien, spielte bei den Einsparvorstellungen Ihres Ministeriums im Rahmen der Budgetdebatten eine wesentliche Rolle. Wir teilen durchaus die von Ihrem Ministerium geäußerte Ansicht im Rechnungshofbericht, stellen aber fest, dass Sie in den vergangenen Budgetdiskussionen immer wieder darauf hingewiesen haben, dass LehrerInnen wieder mehr jene Tätigkeiten ausüben sollten, für die sie eigentlich ausgebildet wurden, nämlich unterrichten.
 - 4.1. Sind Sie nach wie vor der Meinung, dass LehrerInnen aufgrund ihrer pädagogischen Fachkompetenz besser für die Betreuung der Schulbibliotheken geeignet sind?
 - a) Wenn ja, warum?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

In Verwirklichung begriffene Anregungen

5. Der Rechnungshof empfahl die Vermeidung von Wanderklassen sowie eine diesbezügliche Umwidmung von Sonderunterrichtsräumen in Klassenzimmer.
„Das BMBWK verwies auf bereits abgeschlossene und geplante Bauvorhaben für die allgemeinbildenden höheren Schulen.“
In den vergangenen Budgetdebatten haben Sie vermehrt darauf hingewiesen, dass im Zuge der Sparmaßnahmen Bauvorhaben zurückgestellt werden müssten. Das Problem der Wanderklassen scheint im Übrigen bei allgemeinbildenden höheren Schulen nach wie vor existent zu sein.
 - 5.1. Wie viele Wanderklassen an allgemeinbildenden höheren Schulen gab es in den letzten fünf Schuljahren?
 - 5.2. Teilen Sie die Ansicht des Rechnungshofes, dass Wanderklassen zu vermeiden wären?
 - 5.3. Wird das Problem der Wanderklassen durch die geplanten Sparmaßnahmen verschärft werden?

Zentrum für Schulentwicklung

6. Unter Ziffer 6.1 dieses Kapitels wird festgehalten, dass das damalige BMU bzw. BMUK von 1993 bis 1999 rund hundert Projekte zur Schulentwicklung an Externe vergeben hat
 - 6.1 Um welche Projekte handelt es sich dabei? (Bitte Autoren, Titel und Projektkosten auflisten)
 - 6.2. Welche dieser Projektergebnisse wurden veröffentlicht? Bitte geben Sie an, wo diese Arbeiten bezogen werden können.
 - 6.3. Wie wurden die nichtveröffentlichten Projekte verwertet? Welchen Zugang zu diesen Arbeiten gibt es?
 - 6.4. Wie werden Sie mit der Empfehlung des Rechnungshofes umgehen, eine projektbezogene Datenauswertung und Aufbereitung für Folgeprojekte durchzuführen?

Unter Ziffer 7 dieses Kapitels erläutert der Rechnungshof Vorschläge für weitere Schulentwicklungsmaßnahmen:

"Nach Ansicht des Rechnungshofes kommt den Pädagogischen Instituten bei der Schulentwicklung eine Schlüsselfunktion zu. Er empfahl die Fortbildungsveranstaltungen verstärkt für die Ziele der Schulentwicklung einzusetzen und die Beratungstätigkeit an einzelnen Schulen zu verstärken. Die Stärke der Universitätsinstitute erblickte der Rechnungshof im Bereich der pädagogischen Forschung. Sofern sie zur Beratung oder Betreuung einzelner Schulen Entwicklungsprojekte herangezogen werden, sollte diese möglichst in Zusammenarbeit mit pädagogischen Instituten erfolgen.“

Das BMBWK nahm hierzu nicht Stellung.

7. Wieso nahm das BMBWK nicht Stellung?
 - 7.1. Wie beurteilen Sie die Vorschläge des Rechnungshofes inhaltlich?
 8. Der Rechnungshof beschäftigt sich mit internationalen Schülervergleichen, bei denen Österreichs SchülerInnen 1998 relativ schlecht abschnitten. Nach Ansicht des Rechnungshofes, sollte das BMBWK im Lichte der jüngsten Ergebnisse alle Bereiche der schulischen Ausbildung - von der LehrerInnenaus - und Fortbildung bis zum Eintritt der SchülerInnen ins Berufsleben bzw. bis zum Übertritt in weiterführende Bildungssysteme analysieren. Danach wäre zu entscheiden, ob punktuelle Maßnahmen ausreichen, um anhaltende Verbesserungen zu erzielen, oder ob Änderungen des Gesamtsystems erforderlich sind.

Das BMBWK antwortete darauf, dass es Strategien entwickelt habe, um den Defiziten auf allen betroffenen Ebenen - etwa durch die Einrichtungen der LehrerInnenaus - und Weiterbildung zu begegnen.

 - 8.1. Welche besonderen Maßnahmen wurden bei der LehrerInnenaus - und Weiterbildung gesetzt?
 - 8.2. Wie beurteilen Sie die dienstrechtlichen Anreize für LehrerInnenweiterbildung?
 - 8.3. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass speziell bei BundeslehrerInnen Weiterbildung oft selbst zu finanzieren ist?
 - 8.4. Wieso wurde der Hinweis des Rechnungshofes, dass seiner Meinung nach das Zentrum für Schulentwicklung sowohl über ausreichende personelle Ressourcen als auch das notwendige Fachwissen verfüge, um internationale Schülervergleichstests hinkünftig selbst durchzuführen, nicht beantwortet?
 - 8.5. Wie stehen Sie inhaltlich zu dieser Vorstellung des Rechnungshofes?

9. Hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bildungssystems stellte der Rechnungshof fest, dass die Ausgaben für die österreichischen Schulen im Vergleich zu den Gesamtausgaben aller Resons alljährlich überproportional steigen. Der Rechnungshof empfahl, die Kostendynamik im gesamten Unterrichtsbereich zu analysieren, um Qualität und Effizienz gezielt steigern zu können.

Das BMBWK gab hierzu keine Stellungnahme ab.

9.1. Wieso gab das BMBWK keine Stellungnahme ab?

9.2. Werden Sie der Empfehlung des Rechnungshofes nachkommen?

10. Hinsichtlich der Ausgaben für die Schulentwicklung empfahl der Rechnungshof zur besseren Steuerung operationale Ziele zu formulieren, diesen die entsprechenden Maßnahmen und Ausgaben zuzuordnen und die Zielerrechnung regelmäßig zu überprüfen.

Das BMBWK nahm hierzu nicht Stellung.

10.1. Wieso nahm das BMBWK nicht Stellung?

10.2. Werden Sie den Vorschlag des Rechnungshofes umsetzen?